

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage ober oder unter Blatt 4 Mk.  
Arbeitervermittlungen 2 Mk. pro Seite.  
Verbandsanzeigen 75 Pf. pro Zeile.

### Die neue Teuerungszulage.

Die Erlangung einer Teuerungszulage hat diesmal ganz besondere Schwierigkeiten verursacht. Während wir uns bei früheren Gelegenheiten mit den Unternehmern über das Maß der Zugeständnisse zu streiten hatten, die sie uns zubilligen wollten, hat sich die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schugverbandes diesmal auf den Standpunkt gestellt, daß überhaupt keine Lohnerhöhung bewilligt werden könne. Wenn bei den Verhandlungen über eine Lohnerhöhung das Bedürfnis allein entscheidend wäre, dann hätten sich unsere Unterhändler in einer recht günstigen Position befunden. Zwar unternahm die Unternehmer in Erfüllung der ihnen von ihren Auftraggebern übertragenen Mission den Versuch, unsere Forderung auch mit dem Argument zu bekämpfen, daß die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung nicht anerkannt werden könne, aber das war ein Versuch am untauglichen Objekt.

Die Notlage unserer Kollegen ist offenkundig. Seit dem Frühjahr ist eine Lohnerhöhung nicht gewährt worden, dagegen sind seither die Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse nach einer vorübergehenden schwachen Senkung in andauernder Steigerung begriffen. Der Hinweis auf die relative Höhe der Holzarbeiterlöhne vermag schon deshalb die Wirkung, weil unsere Löhne zwischen von vielen anderen Arbeiterkategorien überholt wurden. Dabei muß der lang anhaltende schlechte Geschäftsgang berücksichtigt werden. Ein großer Teil unserer Kollegen war von langer Arbeitslosigkeit betroffen, die Arbeitszeit war vielfach stark eingeschränkt, so daß auch die arbeitenden Kollegen nur einen Bruchteil des vollen Wochenlohns erzielen.

Der Lohn der Holzarbeiter reicht nicht aus, um auch nur den allergeringsten Lebensunterhalt zu bestreiten. In Neuanschaffungen für die Bekleidung und den Haushalt kann gar nicht gedacht werden. Dabei sieht es hinsichtlich des Bestandes an Wäsche, an Bettzeug usw. in vielen Familien geradezu erbärmlich aus. Die Familien können sich glücklich schätzen, die noch nicht durch die Not gezwungen waren, ihre Betten und sonstigen Hausrat zu verkaufen oder zu verkaufen. Aber auch in den bessergestellten Familien sind die aus früherer Zeit stammenden Vorräte aufgebraucht, ohne daß die Möglichkeit gegeben wäre, Neues anzuschaffen. Von Kindern, die kein Hemd und kein ganzes Schuhzeug anziehen haben, kann aus gar mancher Holzarbeiterfamilie berichtet werden.

Nein, über die Notwendigkeit und über das Bedürfnis für eine Lohnerhöhung kann es einen Streit nicht geben, und den dagegen erhobenen Einwendungen ist eine ernste Bedeutung nicht beizumessen. Die Unternehmer legen auch den größten Wert auf die Tatsache, daß trotz der augenblicklich eingetretenen Besserung der Geschäftslage im allgemeinen noch recht schlecht sei. Ob die Besserung anhalten wird, ist zweifelhaft, nielsch wird befürchtet, daß bald wieder ein Rückschlag eintritt. Es mangelt an Absatz für die Erzeugnisse der Holzindustrie, und in vielen Fällen konnten Verkäufe nur gestätigt werden, weil Rohstoffe zum Teil unter dem Gestehungspreis in die Kalkulation eingestellt wurden. Die Zeit, wo die Angebote „freibleibend“ gemacht wurden, ist vorüber; beim Abschluß muß ein fester Preis mit dem Kunden vereinbart werden. Die Preise sind aber jetzt schon so hoch, daß sie den vielgenannten Käuferstreik hervorgerufen haben. Würden die Löhne erhöht, dann wird die Absatzmöglichkeit noch mehr eingeschränkt.

In diesen Argumenten ist gewiß vieles übertrieben. Aber von den Unternehmern wurden sie immer wieder vorgetragen. Sowohl in der ersten Besprechung am 27. November als auch in der Sitzung der Verhandlungskommission am 7. Dezember. Die ergebeneiten Gedanken wurden von beiden Seiten in unzähligen Variationen wiederholt, und schließlich mußte festgestellt werden, daß eine Verständigung nicht möglich ist, weil die Unternehmer, die sich hierbei immer wieder auf den Beschluß ihrer Generalversammlung beriefen, jedes Zugeständnis ablehnt.

Auf beiden Seiten war, was jedoch der Meinung, daß alle Mittel, zu einer friedlichen Einigung zu kommen, erschöpft werden müssen. So kam es, daß am 18. Dezember das Reichsarbeitsministerium, dessen Vermittlung im § 65 des Reichsarbeitsgesetzes vorgesehen ist, von dem Stand der Dinge in Kenntnis setzte. Dieses bewirkte auch sofort einen Termin, an dem am 19. Dezember die Verhandlungen am 18. Dezember in den Räumen des Reichsarbeitsamtes unter dem Vorsitz des Regierungsrats Weigert als Unparteiliche fortgesetzt werden. Bei dem schon im Gegenlag der von den Parteien vertretenen Ansichten war die Aufgabe des Unparteilichen nicht leicht. Die Verhandlungskommission sollte dann einen Auswiesung ein, und hier kamen sich die Parteien allmählich etwas näher. So wurde der Unparteiliche schließlich in die Lage

versetzt, den Parteien den folgenden Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten:

„Alle Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten auf die bestehenden Löhne ab 13. Dezember 1920 eine Zulage von 10 Prozent. Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 22 Jahren beträgt diese Zulage 5 Prozent. Um die gleichen Beträge erhöhen sich die vertraglichen Durchschnitts- und Mindestlöhne. Diese Lohnerhöhung findet auf die bestehenden Tarifverträge entsprechende Anwendung.“

Die Vertreter der Unternehmer erklärten schließlich ihre Zustimmung zu diesem Vorschlag, eine feste Bindung wollten sie jedoch nicht eingehen, unter Berufung auf den mehrerwähnten Beschluß ihrer Generalversammlung. Sie erklärten sich aber bereit, den Vorschlag den Mitgliedern zur sofortigen Durchführung zu empfehlen. Der Unparteiliche konnte daher mit Zustimmung aller Beteiligten protokollieren:

„Die Verhandlungskommissionen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer werden diesen Vorschlag ihren Mitgliedern zur Annahme empfehlen.“

Beide Parteien werden also eine Umfrage veranstalten, deren Ergebnis bis zum 18. Dezember dem Reichsarbeitsministerium mitzuteilen ist.

Mit diesem Ergebnis der Verhandlung ist die von unserer Stadtkonferenz am 6. November aufgestellte Forderung nicht ganz erfüllt. Wir hatten eine Zulage in Höhe von 20 Prozent der Vertragslöhne verlangt, die im Januar dieses Jahres festgelegt wurden. Das Ergebnis ist eine Erhöhung der gegenwärtigen Löhne um 10 Prozent. Da die im Vertrag festgelegten Löhne bisher eine wesentliche Steigerung erfahren haben, so bleibt das Ergebnis doch nicht ganz so weit hinter der Forderung zurück, wie es auf den ersten Blick scheint. Die Arbeiter und Arbeiterinnen unter 22 Jahren müssen sich freilich mit einer Zulage von 5 Prozent abfinden. Das ist bedauerlich, aber leider ließ sich nicht mehr erreichen.

Die verschiedenartige Bemessung der Zulage ist auch insofern unzureichend, als damit das Verhältnis zwischen den Löhnen der verschiedenen Arbeiterkategorien, wie es beim Abschluß des Reichsarbeitsgesetzes festgelegt wurde, gestört ist. Diese Unbedenken mußte in den Kauf genommen werden, und sie ist schließlich erträglich im Hinblick darauf, daß in die Regelung, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch tatsächlich nur bis zum 15. Februar 1921 besteht ist. Am diesem Tage tritt der Reichsarbeitsgesetz in den Verhandlungen, die in der Zwischenzeit zu führen sind, wird man auch das Lohnproblem regeln müssen. Das ist auch der Grund, daß man unterlassen hat, in das Übereinkommen die Lohnfrage ausdrücklich aufzunehmen, die sich aus dem Vermittlungsvorschlag ergibt.

Wir hoffen, daß die Durchführung der Lohnerhöhung keine wesentlichen Schwierigkeiten verursachen wird. Ist doch das Bedürfnis für die Zulage in einer Reihe von Städten und Bezirken von den Unternehmern bereits ausdrücklich anerkannt worden. Teils sind schon Zulagen als Rückschlag auf die zentrale Regelung gezahlt worden, teils ist die Zahlung in Aussicht gestellt worden. Mit verschiedenen selbständigen Bezirksorganisationen, Schweden-Verhandlungen, in Baden ist bereits ein Schiedsspruch gefällt und von beiden Parteien angenommen worden, der im wesentlichen den gleichen Inhalt hat wie der oben wiedergegebene Vermittlungsvorschlag. Diese Tatsache war übrigens bei den zentralen Verhandlungen bekannt, und sie hat das Ergebnis beeinflusst. Unmittelbar nach den Verhandlungen mit dem Schugverband sind solche mit dem jährlichen Arbeitgeberverband aufgenommen worden, die nach Lage der Dinge ein ähnliches Ergebnis erwarten lassen. Nunmehr wird es von den Kollegen an den einzelnen Orten abhängen, daß sie sich in den Genuss der ihnen zustehenden Lohnzulage setzen. Die erhöhten Löhne sind erstmalig für die am 13. Dezember beginnende Woche zu zahlen.

Daß es unserem Verbands gelang ist, trotz des starken Widerstandes in der gegenwärtigen schwierigen Zeit eine Lohnzulage zu erringen, dürfen wir mit Berechtigung registrieren. Aber trotzdem besteht kein Anlaß, ob des erzielten Erfolges Jubelstürmen anzustimmen. Die zehnprozentige Lohnerhöhung wirkt, so wertvoll sie auch ist, doch nur wie der Tropfen auf den heißen Stein. Nach wie vor bleibt die Not der täglichen Existenz auch in den Haushaltungen der Holzarbeiter, die regelmäßig Arbeit haben. Ganz zu schweigen von denen, die mit verlängerter Arbeitslosigkeit und verminderter Verdienstmöglichkeit oder der großen Zahl jener Unglücklichen, die schon monatelang arbeitslos sind, die sich mit der langen Unterstützung Forderungen und zusehen müssen, wie die Kinder dahinsiechen und der Haushalt im Glend verkommt.

Man sagt, und die Unternehmer haben bei den Verhandlungen sehr stark auf diesem Argument operiert, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter noch weit hinter der Vorkriegszeit zurückbleibe. Betrachtet man die Lebens-

haltung der Arbeiter, dann kann man es verstehen, daß die ausgemergelten Körper nicht das hergeben können, was man von einem wohlgenährten Arbeiter erwartet. In Wirklichkeit ist aber die Klage über den Rückgang der Leistungen im allgemeinen gar nicht berechtigt. Das läßt sich zahlenmäßig belegen. Von einer Stadt wurde festgestellt, daß dort die Akkordlöhne durchgängig das Neunfache der vor dem Kriege vereinbarten Sätze betragen. Die Kosten des notwendigsten Lebensunterhalts betragen aber das Zwölfwache der Friedenspreise. Wie müssen sich da die Arbeiter schinden, wie müssen sie das letzte an Kraft hergeben, ohne dabei imstande zu sein, das zu verdienen, was für den kümmerlichsten Lebensunterhalt notwendig ist. Dieser gehetzte, hungernde Arbeiter erinnert an das Bild von dem Hund, der hinter der ihm vorgehaltenen Wurst herrennt, ohne sie erreichen zu können.

Auch der Einwand ist nicht unbegründet, daß die Lohnerhöhung dem Arbeiter kaum zugute kommen wird, da sie durch die Verteuerung der Lebensverhältnisse bald wieder aufgezehrt sein wird und von ihr nichts übrig bleibt als eine Vermehrung der pappternen Umlaufmittel und damit eine Erschwerung der gesamten Wirtschaftslage. Wir sehen, daß es so kommen wird, aber können trotzdem auf eine Lohnerhöhung nicht verzichten, wir hätten sogar gewünscht, daß sie viel ausgiebiger ausgefallen wäre. Die Zunahme dieser Folgen wegen auf die Lohnerhöhung zu verzichten, würde bedeuten, bei dem notwendigen Preisabbau mit den Löhnen zu beginnen. Wer gesunde Sinne hat, weiß, daß das bedeuten würde, das Pferd beim Schwanz aufzusäumen. Die Preise müssen herunter, die Papiergeldflut, in der das deutsche Volk zu ertrinken droht, muß gebremst werden. Der Anfang muß aber bei den notwendigen Lebensbedürfnissen gemacht werden. Solange bei uns in Deutschland eine Politik getrieben wird, welche die Förderung des Kapitalprofits zur wichtigsten Voraussetzung hat, ist an eine Befreiung des Wirtschaftslebens nicht zu denken.

Wir sind ganz bereit, an dem Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten und die Bestrebungen zu unterstützen, die uns durch Senkung der Lebenshaltungskosten der Notwendigkeit überheben, immer wieder neue Lohnforderungen zu stellen. Aber solange von maßgebender Stelle kein wirksamer Anstoß nach dieser Richtung gegeben wird, solange sich die Preise für die Lebensbedürfnisse auf der gegenwärtigen Höhe halten und weiter steigen, müssen wir darauf bedacht sein, die Löhne entsprechend zu erhöhen. Die neue Lohnerhöhung bringt den notwendigen Ausgleich nicht. Wir nehmen sie als Abschlagszahlung hin, durch die jedoch unsere berechtigten Ansprüche bei weitem nicht befriedigt sind.

### Der internationale Gewerkschaftskongress.

Am dem ersten Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der vom 22. bis 27. November in London tagte, nahmen 96 Delegierte aus 17 Ländern teil, die etwa 26 Millionen organisierte Arbeiter vertraten. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, sowie zahlreiche Vertreter der internationalen Berufssekretariate nahmen als Gäste an den Verhandlungen teil. Leider ist es uns nicht möglich, einen ausführlichen Bericht über die wichtigen Verhandlungen zu bringen. Wir beschränken uns auf die Wiedergabe eines Berichtes, den der „Vorwärts“ am 30. November auf Grund der Mitteilungen veröffentlichte, die einer seiner Mitarbeiter von dem Iobden aus London zurückgekehrten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Karl Legien, erhalten hat. Voraussichtlich werden wir noch Gelegenheit finden, auf Einzelheiten des näheren einzugehen. Wir lassen nun Legien sprechen:

„Zu Anfang der Tagung wurde die Denkschrift des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des Engländers Appleton, bekanntgegeben, die damit beginnt, daß er in der englischen Arbeiterchaft nicht genug Unterstützung gefunden hätte. An seine Stelle wurde der Führer der englischen Eisenbahner, Thomas, gewählt, und dieser Wechsel wurde namentlich von den englischen Arbeiterführern als für die Zukunft der Gewerkschaften internationaler nur vorteilhaft empfunden, weil die politische Richtung Appletons eine etwas unklare ist.“

Über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Weltweite Gewerkschaftsbewegung“, erörterte Legien die Frage der Einheit wurde die Frage unserer Verbändlerschaften im Januar 1921 internationaler werden. Eine Kommission wurde ernannt, die eine Resolution vorbrachte, in der die Aufgabe der Moskauer auf die Amsterdamer Gewerkschaften internationaler mit der nächsten Schicksal zurückgewiesen werden und die russische Arbeiterchaft aufgegeben wird, sich an uns anzuschließen. Die französische Delegation brachte einen Antrag ein, in dem ausgeprochen wird, daß keine Nationen auf nicht eine kommunistische, gleichzeitig die Senkung der gewerkschaftlichen Internationaler imachen kann wie es die Moskauer Regierung beabsichtigt. Wegen diese Resolution

stimmen die Norweger aus Sympathie für die bolschewistischen Tendenzen, während die Italiener, geführt von D'Aracina, sich der Stimme enthielten.

Die eigentliche Resolution über die Weltlage, die durch das Bureau eingebracht war und sich mit aller Entschiedenheit gegen die Reaktion, Militarismus und Imperialismus richtete und sich für die Organisation einer neuen Weltgesellschaft aussprach, fand die Zustimmung aller entscheidenden Länder. Nur die Norweger und die Italiener fanden sie zu gemäßig, während der Vertreter von Kanada sie als zu weitgehend betrachtete. Letzterer erklärte, ihm sei die ganze Organisation und die allgemeine Tendenz des Bundes völlig fremd und er könne nicht für diese Resolution stimmen, ohne mit seinen Auftraggebern vorher noch darüber zu beraten.

Schließlich wurde das Komitee in London nicht vertreten war. Jämmer stellte namens des Bureaus fest, daß die Verbindungen mit der amerikanischen Federation of Labor sehr mangelhaft seien, auf 45 Zuschriften seien nur fünf Antworten erteilt worden, und indirekt, durch Berichtigungen, hätte man erfahren, daß Comptons keine Beziehungen zum Internationalen Gewerkschaftsbund unterhalten wolle, weil er die Abwesenheit ihres Eintretens für die Sozialisierung als eine politische Organisation ansehe. Im Vorjahr wurde eine Vertretung Amerikas in London nicht anständig sein, weil die Amerikaner, trotz ihrer großen Worte auf der amerikanischen Session im Sommer 1919, keine Beiträge zum Internationalen gezahlt hätten.

Es sei noch erwähnt, daß in der Resolution angedeutet wird, die Beziehungen zum Internationalen Arbeiterkongress zu lösen, falls dieses es nicht durchsetze, daß alle Länder der Welt für den Kongress von Washington, namentlich diejenigen bezüglich des Weltkongresses, innerhalb der vorgeschriebenen Fristen antworten.

Aber den zweiten Punkt der Tagesordnung, „Sozialisierung der Produktion“, erklärte Soudan erst. Die angenommene Resolution fordert grundsätzlich die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, und die soziale Überwindung der Anarchie und der Klassenmacht. In demselben Sinne wurde die Sozialisierung der Produktion als die Organisation der Produktion unter der Kontrolle der Arbeiter erklärt. In demselben Sinne wurde die Sozialisierung der Produktion als die Organisation der Produktion unter der Kontrolle der Arbeiter erklärt.

Den dritten Punkt der Tagesordnung, „Die Frage der Kohlenförderung“, erklärte der Delegierte von Mexiko als Bericht. Er hat die amerikanische Resolution und erklärt, daß die Kohlenförderung, wie auch die Produktion der Energie internationalisiert werden. Der Kongress richtet an das Internationale Arbeiterbündnis die Bitte, es bereits in dem auf dem Kongress von Washington, eine besondere Kommission zur Klärung dieser Frage einzusetzen.

Der Bericht über die Kohlenförderung wurde durch den Delegierten von Mexiko, der die amerikanische Resolution und erklärt, daß die Kohlenförderung, wie auch die Produktion der Energie internationalisiert werden.

Der Bericht über die Kohlenförderung wurde durch den Delegierten von Mexiko, der die amerikanische Resolution und erklärt, daß die Kohlenförderung, wie auch die Produktion der Energie internationalisiert werden.

Der Bericht über die Kohlenförderung wurde durch den Delegierten von Mexiko, der die amerikanische Resolution und erklärt, daß die Kohlenförderung, wie auch die Produktion der Energie internationalisiert werden.

das Wort und erklärte sich mit meinen Ausführungen vollständig einverstanden, wenn sie auch in der Hauptsache an die französischen Kameraden hätten gerichtete sein müssen, weil gerade in Frankreich der Militarismus am schlauesten drohe. Einen meiner Sätze besonders unterstreichend, erklärte Thomas, er stimme mir bei in der Meinung, daß es die größte Aufgabe der Weltgeschichte sei, wenn überhaupt, werde, daß dieser Krieg zur Vernichtung des Militarismus geführt worden sei. Die britische Arbeiterschaft wolle nicht die Unterdrückung eines anderen Landes und verhalte mit aller Entschiedenheit die Verteidigung industrieller Werte. Sodann sprach unser deutscher österreichischer Genosse Huber im Namen der auswärtigen Delegierten deren Dank für die erwiesene englische Gastfreundschaft aus. Mit einer kurzen Schlussrede von Thomas wurde der Kongress unter Abkündigung der „Internationalen“ beendet.

Alles in allem haben wir alle mit den denkbar besten Gedankens London verlassen. Von den kleinen Nachkriegsversammlungen des ersten internationalen Kongresses war doch nicht mehr das geringste zu verspüren, dagegen eine völlige Abkehr in Richtung aller entscheidenden Länder, wie sie früher noch nie zutage getreten war.

**Wie sich der Arbeiterrat bei Lohnstreitigkeiten nicht verhalten soll.**

Aus Köln wird uns geschrieben: Nicht selten wird den Verbandsfunktionären von den Kollegen der Vorwurf gemacht, daß sie sich bei Lohnverhandlungen von den Arbeitgebern „einlassen“ lassen. Die Funktionäre nehmen solche Vorwürfe sehr gern an, weil es eine der wichtigsten Lebensfragen ist, denen jede sachliche Begründung fehlt. Das ist aber, und sehr häufig, die Aufgabe der Betriebe vom Unternehmer vollständig annehmen lassen. Trifft leider zu, was man in diesen Fällen in der Regel nachschauen kann, nämlich die Gründe und man hat sich nach den Tatsachen richten. Aber nicht hat seine Grenzen, und wenn man sich nicht selbst ein Bild machen will, dann verhält man sich nur ganz besonders die geistige Verwirrung innerhalb der Arbeiterschaft dokumentiert.

Am den Tatsachen zu bleiben, werden wir in der Beilegung und der Vermeidung der Streitigkeiten durch die Arbeiterschaft zu empfehlen. Die Arbeiterschaft sollte sich nicht in die Verhandlungen einmischen, sondern die Verhandlungen zu beobachten, die Firma den Richtersitz an der Verhandlung übertragen. Der Beschäftigte muß sich auch anpassen. Das erste Ziel ist die Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Das zweite Ziel ist die Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Das dritte Ziel ist die Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter.

Die Arbeiterschaft sollte sich nicht in die Verhandlungen einmischen, sondern die Verhandlungen zu beobachten, die Firma den Richtersitz an der Verhandlung übertragen. Der Beschäftigte muß sich auch anpassen. Das erste Ziel ist die Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Das zweite Ziel ist die Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Das dritte Ziel ist die Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter.

Die Arbeiterschaft sollte sich nicht in die Verhandlungen einmischen, sondern die Verhandlungen zu beobachten, die Firma den Richtersitz an der Verhandlung übertragen. Der Beschäftigte muß sich auch anpassen. Das erste Ziel ist die Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Das zweite Ziel ist die Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Das dritte Ziel ist die Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter.

Die Besetzung des famosen „Lohnabkommens“ gelang uns im Termin vollständig, ebenso alle Maßnahmen, die sich seitens der Firma durch verurteilte Maßregeln gegen die Streikenden richteten. Bei objektiver Würdigung dieses Erfolges hätte man erwarten sollen, daß die Kollegen den Wert unseres Verbandes und die Mitgliedschaft in ihm hoch einschätzen würden. Weil wir nun im Gegensatz zum Christlichen Arbeiter-Verband keine Unterstellung für den wunden Streik zahlten, traten mehrere und sogar ältere Mitglieder zum Christlichen Arbeiter-Verband über. Die Gerechtigkeit erfordert zu sagen, daß der Hauptvorstand des Christlichen Arbeiter-Verbandes uns mit Hilfe mütterliche, daß er aus den gleichen Gründen, die für unsere Stellung maßgebend waren, die Streikunterstützung ebenfalls abgelehnt habe. Damit fällt diese Art „Gewerkschafts-Strategie“ zu Lasten der höchsten Overtourning des Christlichen Arbeiter-Verbandes. Eine gewerkschaftliche Erziehungsarbeit, von der so häufig im „Solzarbeiter“ zu lesen ist, können wir in einem solchen Verhalten nicht erblicken. Wir werden auch in Zukunft in solchen Fällen nicht anders handeln wie diesmal, selbst auf die Gefahr hin, noch mehr Mitglieder zu verlieren, denn für solche Erfolge und diese Art Gewerkschaftspolitik sind wir nun einmal nicht zu haben.

Jedenfalls zeigt auch dieser Vorfall wieder, daß die Betriebsräte wie auch die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit nur dann erfolgreich gegen die Unternehmern ankämpfen können, wenn sie Hand in Hand mit den Organisationen arbeiten. Sollte nicht der Betriebsrat im falschen Gefühl von seiner Größe und Bedeutung seine Mitarbeit dem Verband verweigert, der Streikfall wäre ohne erhebliche Schwierigkeiten und von vornherein mit Erfolg belagert worden.

Aber noch ein anderes Moment verdient bei dem Vorgehen in Kaffeebauern Beachtung. Es wird erzählt, daß sich die Arbeiterschaft der Kaffeebauernvereine der Vereinigten Betriebsräte zentrale Ansporn der Moskauer Richtung angeschlossen habe und hier pro Woche 20 M. Beitrag zahlte. Ob dafür den Kollegen Streikunterstützung gewährt worden ist, wissen wir nicht. Aber der zweite Vorfall dieser „Moskauer“ hat an einer Stelle bemerkenswertes festgestellt. Wenn die Arbeiterschaft von diesen Leuten Art und Hilfe bei der Produktion und Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse erwartet, dann wird sie nicht weit kommen. Die ganze Bewegung ist nicht für die Arbeiter, die Betriebsräte ihre Aufgabe auffassen und wie leichtfertig die Arbeiter darunter mit ihren eigenen Interessen umspringen.

**Moskauer Werber.**

In einer Reihe von Gewerkschaftskreisen wurde kürzlich ein Artikel veröffentlicht, in dem darüber Klage geführt wurde, daß man von den Kreisen der russischen Revolution, von Sinowjew und Bogdanow, die die Arbeiter zu bewegen wollten, für solche falschen Wege kein Verständnis. Der Leuten, die den Grundlag der Bewegung sind, man die Gewerkschaften mit kommunikativen Stellen durchsetzen sollte um die wirklichen Organisationen der Arbeiter zu fördern der kommunistischen Partei umzusetzen und die in den Kreisen der Moskauer Arbeiter zu helfen in der falschen Richtung nicht beizukommen. In der Verfassung ihrer Ziele können sie keine Klarheit. Ihr oberster Führer Sinowjew hat ihnen Anweisungen gegeben, die sie nicht halten. Und den von ihm geschickten Anweisungen heißt es:

„Man muß zu jeder Gelegenheit bereit sein, sogar — falls es nötig ist — verbotene Wege zu gehen, falsche Methoden, Verbrechen, Verbrechen der Wahrheit anwenden, um mit die Gewerkschaften einzudringen, dort zu bleiben, innerhalb derselben um jeden Preis Lohn zu erhalten.“

Dieser Aufruf gegenüber, die letzten Endes auf eine Zerkleinerung der Gewerkschaften abzielt, ist ein sentimentales Machen schlecht angebracht. Da gilt es, dem Gegner offen gegenüberzutreten. Man darf sich durch dessen Unfreiwilligkeit nicht irritieren lassen. Bei jeder Gelegenheit muß ihm die Macht vom Gesicht gestrichen werden, und wenn es hart auf hart geht, dann stellt man auf jeden Arbeiter anderthalb.

Ein solches lauter Injektion in den Kampf gegen die Einheit der deutschen Gewerkschaften ist der Russe Solowjew. Auf dem Reichsbühnenkongress hat dieser, ein deutscher Arbeiter, seine Schamlosigkeit abgelegt, und auf dem bald danach abgehaltenen Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokraten in Halle hat er in dieser Richtung sogar erfolgreich mit seinem Herrn und Meister Sinowjew kooperiert. Man der Erregung des Parteitages hat der rechte Flügel der Partei, der beiden Herren ausdrücklich attestiert, daß die Methode der Gewerkschaften und der beabsichtigten Verarmung der freien Gewerkschaften hülft.

Der Solowjew ist nicht so weit gegangen, daß eine solche Maßnahme, wenn auch ein wenig, auf ihn machen könnte. Er ist überzeugt, daß er nur durch Frechheit imponieren kann, und daß es ihm an dieser Eigenschaft nicht fehlt, beweist er in der Sache. Der Injektion in den Kampf gegen die Einheit der Gewerkschaften, die in Halle abgehalten wurde, hat er in dieser Richtung sogar erfolgreich mit seinem Herrn und Meister Sinowjew kooperiert. Man der Erregung des Parteitages hat der rechte Flügel der Partei, der beiden Herren ausdrücklich attestiert, daß die Methode der Gewerkschaften und der beabsichtigten Verarmung der freien Gewerkschaften hülft.



Lohnverhältnisse geschaffen werden. Seitdem die Kollegen beim Verband angehören, sind im Betrieb schon sehr gute Fortschritte in der Lohnfrage gemacht worden.

Höhr. In der Mitgliederversammlung am 20. November hielt unser Gauvorsitzer, Kolleg Weidner (Frankfurt), einen lehrreichen Vortrag über die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften.

Köln. (Holzspielwarenarbeiter.) Nachdem die Holzspielwarenarbeiter nach unserem Verband angeschlossen haben, sind die Lohnverhältnisse erheblich verbessert worden.

Mosburg (Pomern). Der Eisenwerkearbeiter Josef Binder, der hier und in Malsdorf ein Im Betrieb hat, gehört zu den Unternehmern, die mit der Arbeiterklasse in Streit liegen.

Odenburg. Die hiesigen Unternehmer wollen auch zu denen, die sich kränken, die durch den Streik am 23. Januar 1920 festgesetzten Lohnzulagen für die Zeit vom 12. Januar bis 6. Februar nachzahlen.

Schafeld. Die Reichsregierung der Büchsenmacher hat sich in den Monaten Oktober und November geäußert, was daraus hervorgeht, daß von 1900 Arbeitern im Reichsamt für Arbeitsschutz nur noch 67 vorhanden waren.

Schöneberg (Klempner). In mehreren Orten ist die Überwindung des Streiks am 1. Dezember gelungen, was daraus hervorgeht, daß von 1900 Arbeitern im Reichsamt für Arbeitsschutz nur noch 67 vorhanden waren.

Schwabing (Klempner). In mehreren Orten ist die Überwindung des Streiks am 1. Dezember gelungen, was daraus hervorgeht, daß von 1900 Arbeitern im Reichsamt für Arbeitsschutz nur noch 67 vorhanden waren.

Schwabing (Klempner). In mehreren Orten ist die Überwindung des Streiks am 1. Dezember gelungen, was daraus hervorgeht, daß von 1900 Arbeitern im Reichsamt für Arbeitsschutz nur noch 67 vorhanden waren.

vollen Aufmerksamkeit zu schenken. So beteiligten wir uns an der Gründung bzw. Beibehaltung des Konsumvereins, der Erziehung einer Sportklasse, der Abhaltung von Unterrichtskursen und Lichtbildervorträgen; wir richteten unsere Aufmerksamkeit auf die Jugendfrage, den Ausbau des Vertrauensmänner-Systems u. a. m.

### Unsere Lohnbewegung.

Reichstakt für die Stockindustrie. Der mit dem Verband deutscher Stadtindustrialisten am 20. Februar d. J. abgeschlossene Reichstakt ist am 30. Juni abgelaufen.

Table with 3 columns: Tariffklasse, I, II, III. Rows for Facharbeiter, Hilfsarbeiter, Facharbeiterinnen, Hilfsarbeiterinnen.

Für die Altersklassen von 20 bis 22 Jahren, von 18 bis 20 Jahren und von 16 bis 18 Jahren sind entsprechend niedrigere Minderklassen vorgehalten.

Table with 3 columns: Tariffklasse, I, II, III. Rows for Facharbeiter, Facharbeiterinnen.

In diesem Gebiet erhalten die Facharbeiter über 22 Jahre an Stelle der für Klasse I vorgehaltenen 40 Pf. pro Stunde eine solche von 50 Pf. pro Stunde.

### Lohnregelung für die Bürsten-, Pinsel- und Flechtindustrie.

In Nr. 29 der Arbeiter-Zeitung haben wir berichtet, daß die am 16. und 17. November in Leipzig geführten Verhandlungen über die Erhebung der Lohnsätze erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Table with 4 columns: Tariffklasse, I, II, III, IV. Rows for Facharbeiter, Hilfsarbeiter.

Zwischen den unterzeichneten Vertragsparteien wird heute nachfolgende Vereinbarung getroffen:

- 1. Der Reichstaktvertrag vom 16. Dezember 1919 bleibt in allen seinen Teilen in Geltung...
2. In obgenannten Zuschlägen sind die am 23. April d. J. vereinbarten Lohnzuschläge einzurechnen...
3. Zusatzzuschläge sind alle Zuschläge...

Diese Vereinbarung hat Gültigkeit für alle dem 'Schwabenverband' zugehörigen Bürsten-, Pinsel- und Flechtindustrien in geschlossenen Betrieben.

### Lohnzulagen im westlichen bayerischen Gebiet.

Am 1. Dezember fanden in drei Anzahl Orten im westlichen bayerischen Gebiet einzelne Verhandlungen mit dem Arbeiter-Schwabenverband statt, in denen zunächst eine Verständigung erzielt wurde.

Lohnzulagen für die Säger in der Oberpfalz. Das am 6. August 1920 getroffene Lohnabkommen für die Säger in der Oberpfalz wurde von uns zum 20. November gerichtlich. Die wiederholten Verhandlungen mit den Unternehmern unter Leitung eines Unparteiischen führten zu keinem Ergebnis.

In Euskirchen wurden für die Tischler folgende Lohnzulagen vereinbart: 25 Pf. ab 22. November und ab 15. Dezember weitere 25 bis 45 Pf. pro Stunde.

### Aus der Holzindustrie.

#### Aus der Fahrzeugbranche.

E. F. Von der allgemeinen Krise in der Holzgewerbe in den letzten Monaten ist die Fahrzeugindustrie nicht so stark betroffen worden, wenn auch in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit bis auf 36 Stunden verkürzt worden ist.

Trotz der erzielten Missergebnisse beim Ausfuhrgeschäft wandten sich die Unternehmer sofort lebhaft gegen die angeblich hohe Ausfuhrsteuer und sie hatten auch den Erfolg, daß die Tarif eine Verminderung um 5 Prozent für Personenwagen und Karosserien auf 5 Prozent für Lastwagen auf 2 Prozent für vollständige Kraftwagen mit deutschen Chassis auf 2 Prozent und für Lastkraftwagen mit Ausländer auf 1 Prozent.

Stets wird die Verknappung im Automobilbau auch auf die steigenden Rohmaterialpreise zurückgeführt, aber das ist nicht ganz richtig. Die Rohmaterialpreise sind ja fast freigegeben und für Wirtschaftszweige besteht wohl auch nur noch teilweise Mangel.

In Berlin hat die Automobilindustrie bisher die Basis der Tariffrage außer bei Daimler und Opel in Spandau vollständig ignoriert. In neuerer Zeit sind aber derartige Betriebe eingerichtet worden in Niederrhein und Johannisthal, und der Kapitalgeber dort ist kein anderer als Dr. Schindler.

Auch die Gurlitzer Waggonfabrik hat ihren Bereich erweitert und ist mit der Kolbitzener Maschinenfabrik in Finkenkrüze verbunden. Die Waggonfabriken sind fast alle organisatorisch verbunden, es besteht aber noch keine einheitliche Tarifvereinbarung.



